



HVBG

HVBG-Info 34/1999 vom 22.10.1999, S. 3229 - 3235, DOK 418.62

Kosten für Krankentransporte im Bereich der gesetzlichen Krankenversicherung - BGH-Urteil vom 27.04.1999 - KZR 54/97

Boykottaufruf: Aufforderung einer gesetzlichen Krankenkasse an Ärzte, Patienten bei der Verordnung von Krankentransporten vorrangig an Taxiunternehmen zu verweisen, mit denen eine Vergütungsvereinbarung getroffen wurde - Sitzender Krankentransport;

hier: Urteil des Bundesgerichtshofes (BGH) vom 27.04.1999
- KZR 54/97 -

Der BGH hat mit Urteil vom 27.04.1999 - KZR 54/97 - Folgendes entschieden:

Leitsatz:

Trifft eine gesetzliche Krankenkasse mit einzelnen Taxiunternehmen für Krankentransporte Vergütungsvereinbarungen, die sich ausschließlich auf das nicht tarifgebundene Fahrgebiet beziehen, dann liegt in der undifferenzierten, auch das zu behördlich festgelegten Preisen zu bedienende Pflichtfahrgebiet einschließenden Aufforderung an die in ihrem Bezirk niedergelassenen Ärzte, Patienten bei der Verordnung von Krankentransporten vorrangig an die genannten Taxiunternehmen zu verweisen, ein unzulässiger Boykottaufruf zum Nachteil der an der Vereinbarung nicht teilnehmenden Personenbeförderungsunternehmen.